

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

34. Jahrgang.

N<sup>o</sup> 133.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 11. Juni.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

## Die Woche.

In der vergangenen Woche nahm der deutsche Reichstag seine Plenarsitzungen wieder auf, während die von ihm niedergesetzten Kommissionen auch während der Pfingstpause ihre Arbeiten fortsetzten. Gleich die erste Sitzung am Dienstage bot in mehrfacher Beziehung ein besonderes Interesse. Die neue Zolltarif-Novelle mit ihren zahlreichen Zollerhöhungen war nach der ersten Beratung einer besonderen Kommission zur Begutachtung übergeben worden und diese empfahl in ihrer Majorität die Ablehnung der meisten Regierungsvorschläge. Bei der am Dienstag stattgehabten zweiten Lesung beschränkte sich aber der Reichstag nicht nur auf die Gutheißung der Kommissionsvorschläge, sondern lehnte die ganze Vorlage mit 121 gegen 93 Stimmen ab. Hierbei ergiebt sich der immerhin bemerkenswerthe Fall, daß eine der bisherigen Hauptstützen des Schutzollsystems, der Abg. v. Heeremann, einen plötzlichen Frontwechsel machte. Er entwickelte in seiner Bertheidigung der Bestimmung zur Erleichterung der Mühlen-Industrie Grundsätze, die dem Schutzollsystem schnurstracks entgegenlaufen. Ganz offen gestand er ein, daß er im Jahre 1879 Referent über die betreffende Tarifposition gewesen sei und sich inzwischen eines Besseren überzeugt habe. Er habe sich auch deshalb in der letzten Zeit bemüht, die Reichsregierung zur Beseitigung der Härten zu bewegen, welche der damalige Zolltarif im Gefolge gehabt habe. Die Einsicht der Regierung komme nur etwas spät, weil inzwischen schon sehr viel Unheil angerichtet worden sei. — Gerade in dem Moment, als sich der Reichstag inmitten der Abstimmung befand, betrat der am Tage zuvor von Friedrichstraße nach Berlin zurückgekehrte Reichskanzler Fürst Bismarck den Sitzungssaal. Wenn auch die Gestalt des Kanzlers noch imponierend hoch ist wie ehemals, so sollen doch um die Augen und auf der Stirn die trüben und kranken Stunden und Tage der letzten Zeit sich lagern. Beim Eintritt ehrfurchtsvoll begrüßt, näherten sich ihm sofort mehrere Minister und Abgeordnete, bis die wiederholten Worte des Präsidenten v. Lobeckow: „die Position der Regierungsvorlage ist abgelehnt“ seine Aufmerksamkeit fesselten und er den preussischen Minister v. Puttkamer zu sich berief, der, wie aus dessen Handbewegungen zu erkennen war, selbst über die nur schwach besetzte Rechte sein Erstaunen ausdrückte. — Die dritte und letzte Lesung dieser Vorlage fand am Freitage statt, wobei allerdings die Besehung des Hauses eine andere war und doch kein anderes Resultat erzielt wurde. Der Reichstag lehnte nämlich die Regierungsvorlage mit 165 gegen 150 Stimmen ab.

In Reichstagskreisen herrscht der lebhafteste Wunsch, der Schluß der Session möchte nach Erledigung der Zolltarif-Novelle und der Tabakmonopol-Vorlage vorgenommen werden, was sich wohl bis zur Mitte nächster Woche erreichen ließe. Die Unmöglichkeit, über die Gewerbeordnungs-Novelle und die Versicherungsgesetze, selbst auch nur das Krankenversicherungsgesetz, im Laufe dieser Session ohne Zuhilfenahme außerordentlicher Veranstaltungen zu einer Verständigung zu gelangen, stellt sich immer deutlicher heraus. Werden solche außerordentliche Veranstaltungen abgelehnt, so muß man eben auf jene Gesetze in der gegenwärtigen Session verzichten. Jedenfalls ist es dringend nötig, bald zu einem definitiven Beschluß über die Frage der Geschäftseinteilung zu gelangen, wenn nicht ganz nutzlos weitere Arbeitskraft verschwendet werden soll.

Die Parlaments-Baukommission hielt dieser Tage eine Sitzung ab. Es waren bis zu derselben 22 Pläne für das neue Reichstagsgebäude eingeleistet worden, während der Termin der Einbringung der Pläne am 10. Juni abließ. Aus dem Umstande, daß 5 bis 600 Architekten die Konkurrenzbedingungen bezogen hatten, war geschlossen worden, daß die Einbringung der Pläne besonders zahlreich stattfinden würde.

In Oesterreich ziehen jetzt die bosnischen Angelegenheiten die meiste Aufmerksamkeit auf sich. Die Regierung hat erkannt, daß es mit dem bisherigen Verwaltungssystem dort nicht fortgehen kann, sollen die neuen Provinzen Vertrauen zu ihr erhalten. Der neue Reichsfinanzminister v. Kallay hat deshalb ein vollständig neues Verwaltungsprogramm ausgearbeitet, das in seinen Hauptpunkten in der Durchführung der Zivilverwaltung, Vereinfachung der Verwaltungsmaschinerie und Umbildung des Beamtenheeres besteht. Zunächst will Kallay mit der bürokratischen Pedanterie aufräumen und die Verwaltung,

namentlich diejenige der Forsten, mehr den eigenthümlichen bosnischen Verhältnissen anzupassen suchen. Hand in Hand geht hiermit die Reinigung des Beamtentkörpers in Bosnien und der Herzegowina von allen den Elementen, die es nicht verstehen, in der Behandlung der bosnischen Bevölkerung und derjenigen des übrigen Oesterreichs einen Unterschied zu machen. Diesen Reformen soll endlich die allmähliche Beseitigung der militärischen Verwaltung und deren Ersetzung durch die vollständige Zivilverwaltung folgen, womit dem jetzigen zwitterhaften Zustande in den neuen Provinzen, wo sich die gleichzeitige bürgerliche und militärische Verwaltung hemmten und kreuzten, ein Ende gemacht würde. Diese Reformen, richtig angefaßt und energisch durchgeführt, sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Befestigung der moralischen Herrschaft Oesterreich-Ungarns in seinen neuen Provinzen und jeder aufrichtigen Freund des uns Deutschen so nahestehenden Kaiserstaates wird sicher wünschen, daß die Pläne Herrn v. Kallay's den von seiner Regierung gehofften Erfolg haben mögen.

Für Italien war die letztvergangene Woche eine Trauerwoche, denn das Begräbniß des großen Patrioten von Caprera nahm alle Schichten der Bevölkerung in Anspruch. Bei der am Donnerstage stattgefundenen Leichenfeier waren 300 Vereine vertreten. Der Sarg wurde auf dem Friedhofe in Caprera beigesetzt. Die Regierung hat also die testamentarische Bestimmung wegen Verbrennung der Leiche nicht vollziehen lassen. — In den letzten Tagen wurde besonders von der deutschen und französischen Presse die Stellung des alten Freiheitshelden zur französischen Republik und namentlich die nach deutschem und italienischem Urtheil so unglückliche Episode seines Lebens, als er 1870—71 mit gemütheten Freischaaeren für die „Freiheit“ des Nachbarvolkes gegen die Deutschen foßt, vielfach erörtert. In dieser Beziehung erscheint es angemessen, an einen Ausspruch Garibaldi's selbst zu erinnern, den er in Palermo während der Tage der Subeliefer der Sizilianischen Vesper einem deutschen daselbst anwesenden Reichstags-Abgeordneten gegenüber gethan hat, und der keinen Zweifel darüber läßt, daß Garibaldi in der letzten Zeit seines Lebens über seinen Irrthum vom Jahre 1870 sich vollkommen klar war. Während jener palermitanischen Feiertage (am 13. April) besuchte der Abgeordnete Lipke den kranken und bettlägerigen Garibaldi in seiner Wohnung und machte ihm auf Verlangen kein Hehl daraus, daß sein Ansehen und seine Popularität in Deutschland durch den Freischaaerenfeldzug von 1870 gelitten habe. Garibaldi erwiderte, daß er sich in der französischen Republik getäuscht habe; er richtete sich mühsam von seinem Lager etwas in die Höhe und sagte: Werfen Sie auf, ich kann nicht viel sprechen: Deutschland hat der Humanität einen großen Dienst geleistet, indem es dies Volk demüthigte — das ist meine jetzige Ansicht. Diese unmittelbar nach der Unterredung aufgeschriebene Aeußerung, welche Garibaldi Anfang April d. J. in Palermo that, beweist zur Genüge seine wahre Gesinnung gegen das heutige Frankreich, und die letztere stimmt mit derjenigen der großen Mehrzahl der Italiener, namentlich seit den Ereignissen in Tunis, vollkommen überein.

Für das französische Kabinet scheint die ägyptische Krisis verhängnißvoll zu werden, da Gambetta letztere als Hebel benutzt, um den verhassten Rivalen Freycinet zu stürzen. Die Unbeständigkeit der öffentlichen Meinung Frankreichs, sagt die „Tägl. Rundschau“, giebt sich auch hierbei in augenfälliger Weise zu erkennen. Sie hat sich gegen Freycinet gewendet, weil letzterer es versäumte, der nationalen Schwäche der Franzosen zu schmeicheln und die bittere Pille der Nothwendigkeit einer Unbequemung an das europäische Konzert zu überzuckern. Die Unterlassung hat sich schwer gerächt. Man fürchtet, daß Freycinet nicht der rechte Mann sei, um die Würde und das „Prestige“ der Nation in dieser schwierigen Verwicklung mit der erforderlichen Energie zur Geltung zu bringen, wenschon man seiner Friedenspolitik beipflichten zu müssen einseht. Gambetta hat, wie es scheint, mit scharfsichtiger Erkenntniß dieser sich vorbereitenden Wandlung sogleich seine Position genommen, denn er läßt durch einen Freund die Kammer bearbeiten, um ihr begreiflich zu machen, daß ein Zerwürfniß zwischen ihr und ihm überhaupt nicht bestanden habe, sondern daß im Grunde genommen beide Theile für einander die frühere Sympathie zu hegen fortführen. Das ist bezeichnend. Wenn Gambetta seine Werbungen wieder für zeitgemäß hält, muß er den

Umschwung in der Stimmung bereits wahrgenommen haben. Mag dieselbe ihm auch vorläufig noch geringe Hoffnungen gewähren, da es sich gezeigt hat, daß man die „Abenteurer-Politik“ noch weniger billigt als die vermeintliche Schwachmüthigkeit Freycinet's, so lehrt gleichwohl die Erfahrung, daß die Wetterwendigkeit der Franzosen schon häufig dem „Hosiannah“ entgegenjauchzte, dem sie kurz zuvor das „Kreuzige“ zugeschrieben hatte.

Die ägyptische Frage haben wir in letzter Nummer ausführlicher erörtert und können uns also an dieser Stelle kurz fassen. Die Aussichten für den Zusammentritt der Botschafterkonferenz in Konstantinopel sind noch nicht bessere geworden. Die Türkei beharrt dabei, erst den Erfolg ihrer nach Ägypten entsendeten Kommission, namentlich Derwisch Paschas abzuwarten. Da derselbe bis jetzt noch keine Handlung vorgenommen hat, aus der sich die Tendenz seiner Mission erkennen lassen könnte, so hat auch die ägyptische Militärpartei noch keine Gelegenheit gehabt, zu letzterer Stellung zu nehmen. Es heißt jedoch, daß Derwisch Pascha ein Schreiben überbringe, in welchem auseinandergesetzt wird, daß der Zweck seiner Mission der sei, die Ordnung wieder herzustellen und die Autorität des Khedive zu befestigen. Letztere Absicht steht im völligen Einklange mit den Prinzipien, welche die Ostmächte in ihrer ägyptischen Politik zur Geltung zu bringen beflissen sind und ist auch wohl oder übel von Frankreich und England anerkannt worden. Man darf also annehmen, daß die Angabe richtig ist. Wird dies zugegeben, so ist dadurch aber auch der starke Gegensatz gekennzeichnet, in welchen die Pläne der Militärpartei zu denen des Sultans stehen, denn Arabi und seine Genossen haben in ihrer letzten Zusammenkunft die Entsetzung des Khedive zur Hauptbedingung für ihre Unterwerfung unter den Willen des Sultans gemacht. Die Obersten drohten auf's Entschiedenste, den äußersten Widerstand gegen die Mission der Pforte zu leisten, falls der Sultan versuchen sollte, Tewfik auf dem Thron zu halten und die Militärpartei dadurch zu opfern. Sie gingen sogar so weit, zu versichern, daß sie sich für diesen Fall an dem Khedive und seinen Getreuen rächen und einen Kampf auf Leben und Tod beginnen würden. Sie gelobten, daß Tewfik sterben solle, ehe sie zugeben, daß Arabi entweder von den Europäern oder von den Türken aus dem Lande vertrieben werde. Wie unter diesen Umständen die Pforte auf das Gelingen der Mission Derwisch's bauen kann, ist schwer zu verstehen, es sei denn, daß sie an das glaubt, was sie eben wünscht.

## Tageschau.

Freiberg, 10. Juni.

Die gestrige dritte Lesung der Zolltarif-Novelle im Reichstage bot einige interessante Momente. Die Hänke des Zentrums und der Rechten waren gut besetzt. Gleich bei der ersten Abstimmung durch „Hammelsprung“ (über eine der Nummern der Zollerhöhung auf Asbestwaren) stieg die Freihändler mit 157 gegen 147 Stimmen. Als nun der Abg. Windthorst für eine, an Bedeutung nicht hervorragendere Position (Gewebe aus Asbest) namentliche Abstimmung beantragte, um Zeit für die Herbeiführung säumiger Abgeordneter zu gewinnen, war der Erfolg kein besserer; die namentliche Abstimmung ergab 165 Stimmen gegen, 150 für die Regierungsvorlage. Der Schwerpunkt der Verhandlung lag denn auch nicht so sehr in der Debatte selber, als in den Abstimmungen. Erstere konnte Neues kaum zu Tage fördern. Der konservative Abg. Fürst Haxfeldt erneuerte die Mahnung, dem Zolltarif die ehrliche Probe angezeihen zu lassen. — Der Bundeskommissar Herr Burchardt schloß sich ihm energisch an. Kein Tarif könne auf die Dauer in all' seiner Einzelheiten aufrecht erhalten werden, und es sei auch nicht die Ansicht der Regierung gewesen, daß dieser Tarif ein Ganzes enthalte, dessen einzelne Bestimmungen niemals angefochten werden dürften. Wo sich Uebelstände herausgestellt, müsse Abhilfe geschaffen werden. — Abg. v. Unruhe-Bomst (Freik.) erklärte sich im Sinne des ersten Redners gegen jede Aenderung des Tarifs. — Abg. Stolle (Soz.) kritisirte die neue Zollgesetzgebung bezüglich deren Einwirkung auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter. Er weist an der Hand statistischer Zahlen nach, daß die verheißene Lohnerhöhung nirgends hervorgetreten ist. Redner erklärt sich gegen jede Erhöhung des Zolltarifs. — Abg. v. Ludwig erkennt an, daß die Wirkungen des Zolltarifs nach der vom Vorredner bezeichneten Richtung